

1.

Vorstellung

Ich heiße Klaus Lipps und komme aus Baden-Baden. Ich habe vor acht Jahren bei meiner Pensionierung als Lehrer eine Urkunde erhalten mit dem Dank des Landes Baden-Württemberg für 40 Jahre treue Dienste. Siebzehn dieser 40 Jahre waren ein bitterer und brutaler Kampf um mein Recht, Lehrer bleiben zu können. Davon stand nichts in der Urkunde. Ich bin also ein Betroffener.

Ich bin der Sprecher der „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“. Die haben wir vor drei Jahren gegründet, um an den Radikalenerlass und die Berufsverbote zu erinnern. Und an die persönlichen und gesellschaftlichen Folgen der Berufsverbote. Wir hatten vor, ein Jahr lang, im 40. Jahr des Radikalenerlasses vom 28. Januar 1972, das weithin vergessene oder verdrängte Thema Berufsverbote ins Gedächtnis der Öffentlichkeit zurückzurufen. Mit Demos, Konferenzen, Vorträgen, Zeitungsartikeln, Radiosendungen, Briefen, Delegationen, Petitionen etc. Wir haben viel erreicht, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Das eine Jahr hat nicht ausgereicht, deshalb machen wir weiter. Zum Beispiel fand vor zwei Wochen unsere letzte bundesweite Konferenz in Kassel statt.

2.

Um was es geht

Unbekannt, vergessen und verdrängt scheint die Tatsache, dass mithilfe der sog. Regelanfrage beim sog. Verfassungsschutz in den siebziger und achtziger Jahren Millionen BewerberInnen und Angehörige des öffentlichen Dienstes auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ berprft wurden. Dass es zu etwa 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren kam. Zu 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Betroffen waren und sind Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Friedensaktivisten, Antifaschisten, das ganze linke Spektrum. Es ging vom Lehrer über den Briefträger, Lokführer und Zollbeamten bis zum Friedhofsgärtner. Daran wollten und wollen wir erinnern.

Und wir wollen aufmerksam machen auf die Folgen für das politische Klima in unserem Land, auf die Einschüchterung – nicht so sehr von uns direkt Betroffenen, sondern in der ganzen Gesellschaft, auch und vor allem bei vielen unserer Kollegen. Ein zutiefst deprimierendes Beispiel ist jene junge Kollegin, die mich vor einigen Jahren gefragt hat, ob man denn als Lehrer überhaupt demonstrieren darf.

Natürlich haben wir uns unglaublich gefreut, als nach dem „Schwarzen Donnerstag“, dem 30. September 2010, nach Fukushima und Mappus bei der Landtagswahl endlich die Partei abgewählt wurde, die mehr als 50 Jahre lang dieses Land regiert hatte, als hätte es ihr gehört. Da haben viele sicher gehofft und geglaubt, dass jetzt einiges anders würde. Die älteren, zu denen ich gehöre, haben das nur gehofft. Sie haben in vielen Jahren lernen müssen, dass ein Regierungswechsel noch lange kein Politikwechsel sein muss.

3.

Baden-Württemberg

Wir lesen ständig die Umfrageergebnisse, dass drei Viertel der Bevölkerung zufrieden seien mit dem Ministerpräsidenten Kretschmann. Wir gehören nicht dazu! Nicht nur wegen seiner Asylpolitik. Nicht nur wegen der Bildungspolitik, nicht nur wegen Stuttgart 21! Sondern auch wegen seiner Haltung - und der Haltung seiner grün-roten Regierung und ihrer grün-roten Landtagsmehrheit - zur Politik und Praxis der Berufsverbote der Vorgänger Filbinger, Späth, Teufel, Oettinger, CDU, SPD und FDP. Von dieser Berufsverbotepolitik waren und sind hier in unserem Land Hunderte betroffen, wobei es eine Spezialität gab in unserem Land: die Ausbildungsverbote.

Auch das KBW-Mitglied Winfried Kretschmann war betroffen, auch er sollte nicht Lehrer werden dürfen. Und dass er es trotzdem werden durfte, verdankt er nicht zuletzt der breiten Solidaritätsbewegung an der Uni Hohenheim und am Studienseminar. Es scheint, dass er das vergessen hat.

4.

Verfassungsfeinde???

In den sog. Anhörungen ging es fast nie um die tatsächliche Einstellung zum Grundgesetz und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern fast immer im Kern nur um die Mitgliedschaft in bzw. die Nähe zu einer bestimmten Partei oder Organisation.

Keinem Betroffenen konnten irgendwelche Gesetzesübertretungen oder gar Aktionen gegen das Grundgesetz vorgeworfen werden. Auch nicht irgendwelche konkreten Verfehlungen oder Vergehen. Allenfalls hat man lächerliche Vorhaltungen gemacht, die vor den Gerichten keinen Bestand haben konnten. Z.B. hat man mir als Dienstvergehen angekreidet, dass ich im Mathematikunterricht alles immer so lange erklärt habe, bis es auch der Letzte verstanden hatte.

Viele Betroffene konnten, nachdem sie als angeblich gefährliche Verfassungsfeinde zunächst Opfer der Radikalenerlasses und von Gerichtsurteilen geworden waren, durch Entscheidung anderer Gerichte, vor allem von Arbeitsgerichten, doch noch ihren Beruf ausüben – und das als angebliche Verfassungsfeinde! Und nicht wenige erhielten, als sie später in den Ruhestand verabschiedet wurden, eine Dankesurkunde für soundsoviele Jahre treue Dienste.

5.

Kretschmann und seine Grün-Roten

Wir haben seit 2012 viele Briefe an die Landtagsabgeordneten, die Regierung und den sog. Landesvater Kretschmann geschrieben, wir haben nur wenige Antworten bekommen.

Der Ministerpräsident hat uns auf fünf Briefe mit einem Schreiben geantwortet und mitgeteilt, er wollte die Berufsverbotepolitik erforschen und aufarbeiten lassen, aber angeblich gab es keine Dokumente mehr.

Wir haben ihm natürlich unsere Hilfe angeboten, denn wir Betroffene haben genügend Dokumente:

- Vorladungen zu sog. Anhörungen
- Protokolle dieser politischen Verhöre
- Ablehnungs- und Entlassungsverfügungen
- Widersprüche und Ablehnungen der Widersprüche
- Klageschriften
- Klageerwiderungen,
- Urteile
- Usw.

Alles da! Wir haben dann von Herrn Kretschmann erst nichts mehr gehört, später dann im Fernsehen den Satz: Wir wollen natürlich keine Kommunisten im Schuldienst.

6.

Petitionen

Wir haben uns mit zwei Petitionen an den Landtag gewandt: Mit einer Einzelpetition einer Betroffenen und einer Gruppenpetition mit all unseren Argumenten. Beide Petitionen wurden im Landtag auf Empfehlung des Petitionsausschusses ohne Diskussion einfach durchgewinkt. OHNE DISKUSSION! Was uns mitgeteilt wurde, war zusammengefasst nichts anderes als die alte Leier aus den Zeiten von Filbinger und Schiess. Und: Dass heute nicht Unrecht sein kann, was damals Recht war. Der Einzelpetentin wurde mitgeteilt, dass sie ja nur deshalb – allerdings mit jahrelanger Verspätung – als Lehrerin zugelassen worden sei, weil sie aus der DKP ausgetreten war. Da haben wir es schriftlich: Es ging gar nicht um Verfassungstreue. Es ging gar nicht darum, die Schulkinder vor gefährlichen Linksradikalen zu schützen, wie immer wieder behauptet worden war und wie viele es geglaubt hatten. Es ging nicht ums Grundgesetz, sondern gegen bestimmte Parteien und Organisationen.

7.

Unser Ziel

Wir verlangen, dass sich die politisch Verantwortlichen in unserem Bundesland die Mühe machen, sich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen.

So, wie es in Bremen Bürgerschaft und Senat schon 2011 gemacht haben. Dort haben sich inzwischen Senat und Betroffene weitgehend einigen können.

Und in Niedersachsen hat der Landtag im Sommer 2014 einstimmig beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen, der sich mit der Aufarbeitung der Berufsverbote beschäftigt. In der ersten Sitzung dieses Gremiums bekam eine Betroffene Rederecht.

Wir freuen uns über diese Entwicklungen. Sie machen uns allerdings zugleich deutlich, mit welcher Schande wir es zu tun haben in unserem Baden-Württemberg mit unserem grünen Ministerpräsidenten und seiner grün-roten Mehrheit.

Wir werden weiter für unsere berechtigten Forderungen kämpfen:

Wir fordern nach wie vor oder erst recht erstens, dass man sich bei uns entschuldigt. Wir fordern zweitens unsere persönliche und politische Rehabilitierung. Und drittens fordern wir in begründeten Einzelfällen eine materielle Entschädigung der Betroffenen, bei denen das Berufsverbot zu materieller Not und Altersarmut geführt hat oder führt.

Klaus Lipps

Einleitung zur Kundgebung am 10. Dezember 2014 in Stuttgart